

Lieferantenrahmenvertrag

zwischen

Zwickauer Energieversorgung GmbH
Bahnhofstr. 4
08056 Zwickau

- nachstehend „**Verteilungsnetzbetreiber (VNB)**“ genannt -

und

Lieferant
Straße und Hausnummer
PLZ und Ort

- nachstehend „**Lieferant**“ genannt -

VDEW-Code bzw. ILN-Nummer
(bei Vertragsbeginn)

EIC-Codenummer des Bilanzkreises
(bei Vertragsbeginn)

Vertragsbeginn

Präambel

Der VNB betreibt ein Stromverteilungsnetz und stellt dieses auf der Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 (EnWG), der Stromnetzzugangsverordnung vom 25. Juli 2005 (StromNZV), der Stromnetzentgeltverordnung vom 25. Juli 2005 (StromNEV), der Niederspannungsanschlussverordnung vom 01. November 2006 sowie der von der Bundesnetzagentur getroffenen Festlegung einheitlicher Geschäftsprozesse und Datenformate vom 11. Juli 2006 (Aktenzeichen: BK 6-06-009, sog. GPKE-Festlegung) dem Lieferanten diskriminierungsfrei nach Maßgabe dieses Vertrages zur Verfügung.

1 Vertragsgegenstand

- 1.1 Dieser Vertrag vermittelt dem Lieferanten den Zugang zum gesamten Elektrizitätsversorgungsnetz und regelt die Rechte und Pflichten der Vertragspartner betreffend den Zugang zum Elektrizitätsversorgungsnetz zum Zwecke der Belieferung von Letztverbrauchern, die an das Verteilungsnetz des VNB angeschlossen sind.
- 1.2 Die Netznutzung bei Einspeisungen aus an das Netz des VNB angeschlossenen Erzeugungsanlagen (z. B. KWK-Anlagen, EEG-Anlagen, Brennstoffzellen) ist nicht Gegenstand dieses Vertrages.

2 Regelungen zur Netznutzung

Auf Basis von § 20 Abs. 1a EnWG und § 3 StromNZV sieht dieser Vertrag zwei Modelle der Netznutzung vor:

- 2.1 „Netznutzung durch den Lieferanten“:
Liegt ein integrierter Stromlieferungsvertrag zur Versorgung eines Letztverbrauchers vor (Stromlieferung plus Netznutzung = all-inclusive Vertrag), hat der Lieferant gegenüber dem VNB Anspruch auf die Leistung „Netznutzung“, insbesondere auf den Zugang zum Elektrizitätsversorgungsnetz zum Zwecke der Belieferung des Letztverbrauchers. Der Lieferant schuldet dem VNB die anfallenden Netzentgelte.
- 2.2 „Netznutzung durch den Letztverbraucher“:
Liegt ein reiner Stromlieferungsvertrag zur Versorgung eines Letztverbrauchers vor, bedarf es einer besonderen Vereinbarung über die Leistung „Netznutzung“ zwischen Letztverbraucher und VNB (Netznutzungsvertrag). Diese Letztverbraucher werden bei der Anmeldung zur Netznutzung durch den Lieferanten benannt und zahlen die Netzentgelte selbst unmittelbar an den VNB.
Diese Sonderform ist dem VNB rechtzeitig anzuzeigen, damit der erforderliche Netznutzungsvertrag zwischen dem Letztverbraucher und dem VNB abgeschlossen werden kann. Die Bestätigung der Netznutzung kann erst erfolgen, wenn ein unterschriebener Netznutzungsvertrag vorliegt.

3 Voraussetzung der Belieferung

- 3.1 Voraussetzung für die Belieferung der einzelnen Letztverbraucher ist das Vorliegen eines Netzanschlussvertrages zwischen Anschlussnehmer und VNB mit ausreichender Anschlusskapazität. Für Anschlussnutzer, die über einen Anschluss im Sinne der Niederspannungsanschlussverordnung Elektrizität aus dem Verteilnetz entnehmen, kommt ein Anschlussnutzungsverhältnis unter den Voraussetzungen des

§ 3 Abs. 2 Niederspannungsanschlussverordnung zustande. In allen anderen Fällen ist das Vorliegen eines geschlossenen Anschlussnutzungsvertrages erforderlich.

- 3.2 Im Fall der Netznutzung durch den Letztverbraucher nach Ziffer 2.2 ist zusätzlich der Abschluss des Netznutzungsvertrages zwischen Letztverbraucher und VNB erforderlich. Der VNB stellt entsprechende Vertragsangebote auf seiner Internetseite zum Download zur Verfügung.
- 3.3 Die Strombelieferung der Entnahmestellen ist in gesonderten Verträgen zwischen Lieferant und Letztverbraucher geregelt. Der Lieferant versichert bei Anmeldung eines Letztverbrauchers, dass ab Beginn der Zuordnung des Letztverbrauchers zu einem Bilanzkreis ein solcher Stromlieferungsvertrag für die jeweilige Entnahmestelle besteht. Dieser Vertrag muss entweder den gesamten Bedarf des Letztverbrauchers an der Entnahmestelle oder den über eventuelle Fahrplanlieferungen hinausgehenden Bedarf des Letztverbrauchers vollständig abdecken (offener Liefervertrag).
- 3.4 Der Lieferant teilt dem VNB den (Unter-)Bilanzkreis mit, dem die Entnahmestellen der Letztverbraucher in der Regelzone des Übertragungsnetzbetreibers zugeordnet werden sollen. Jede einzelne Entnahmestelle muss in ein vertraglich begründetes Bilanzkreissystem einbezogen sein, wobei jede einzelne Entnahmestelle genau einem Bilanzkreis zuzuordnen ist. Sofern der Lieferant nicht selbst Bilanzkreisverantwortlicher ist, benennt er den Bilanzkreisverantwortlichen und weist dem VNB dessen Berechtigung mit einer Zuordnungsermächtigung nach.
- 3.5 Der Lieferant versichert, dass er – soweit er Haushaltskunden im Sinne des § 3 Nr. 22 EnWG beliefert – die Aufnahme der Tätigkeit der Regulierungsbehörde angezeigt hat.
Diese Pflicht betrifft den Lieferanten nur, wenn er die Belieferung der Haushaltskunden nach dem 13.07.2005 aufgenommen oder beendet hat oder nach diesem Zeitpunkt seine Firma geändert hat.

4 Datenaustausch zwischen Netznutzern (Lieferant) und VNB

- 4.1 Die Abwicklung der Belieferung von Entnahmestellen mit Elektrizität erfolgt nach der von der Bundesnetzagentur getroffenen Festlegung einheitlicher Geschäftsprozesse und Datenformate vom 11.07.2006 (Aktenzeichen: BK 6-06-009) oder einer diese Festlegung ersetzenden oder ergänzenden Festlegung der Bundesnetzagentur. Soweit die Bundesnetzagentur in ihrer Festlegung Ausnahmen hinsichtlich des zu verwendenden Datenformates zulässt, kann bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen hierüber eine schriftliche Zusatzvereinbarung getroffen werden. Der VNB ist verpflichtet, diese Zusatzvereinbarung der Bundesnetzagentur anzuzeigen.
- 4.2 Bestimmungen dieses Vertrages, die der Abwicklung einer Belieferung von Entnahmestellen nach Ziff. 4.1 Satz 1 oder einer Zusatzvereinbarung nach Ziff. 4.1 Satz 2 entgegenstehen oder diese anders regeln, ist unwirksam.
- 4.3 Die Vertragspartner werden die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages erhobenen oder zugänglich gemachten Daten zum Zweck der Datenverarbeitung unter Beachtung des § 9 EnWG und der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verarbeiten und nutzen, soweit dies zur Durchführung des Vertrages notwendig ist. Die Vertragspartner sind berechtigt, insbesondere für die Erfassung,

Bilanzierung und Abrechnung der Stromlieferungen Verbrauchs-, Abrechnungs- und Vertragsdaten an Dritte in dem Umfang weiterzugeben, wie dies zur ordnungsgemäßen technischen und kommerziellen Abwicklung der Netznutzung erforderlich ist.

- 4.4 Der VNB erstellt die Netznutzungsabrechnung in Papierform. Auf Wunsch des Lieferanten kann die Rechnungslegung in elektronischer Form mit dem Datenformat EDIFACT, Nachrichtentyp INVOIC und den USt-Nachweis in Papierform (Einzelrechnung) erfolgen. In diesem Fall ist die **Vereinbarung über den elektronischen Datenaustausch (EDI)** als **Anlage 4** Vertragsbestandteil.
- 4.5 Der Prozess der Ersatzbelieferung wird entsprechend dem Prozess der Ersatzversorgung nach der GPKE durchgeführt.

5 Ansprechpartner und Erreichbarkeit

Der Lieferant und der VNB benennen ihre Ansprechpartner und deren jeweilige Erreichbarkeit. Diese sind in **Anlage 1, Ansprechpartner und Erreichbarkeit**, aufgeführt. Änderungen der Ansprechpartner werden einander unverzüglich mitgeteilt.

6 An- und Abmeldung eines Letztverbrauchers zu einem Bilanzkreis

- 6.1 Der Wechsel von Entnahmestellen zu anderen Lieferanten ist nur zum Ende eines Kalendermonats durch An- und Abmeldung bei dem VNB, an dessen Netz die Entnahmestelle angeschlossen ist, möglich.
- 6.2 Der Lieferant meldet dem VNB alle Entnahmestellen seiner Letztverbraucher, die an das Verteilungsnetz des VNB angeschlossen sind, und den beabsichtigten Beginn der Netznutzung. Gleichzeitig hat er anzugeben, ob der Kunde nach seinem Wissen ein „Haushaltskunde“ i. S. d. EnWG ist. Dabei hat er auch jede Änderung im Status des Letztverbrauchers als „Haushaltskunde“ bekannt zu geben. Der VNB behält sich vor, zu prüfen, ob der Status des „Haushaltskunden“ gerechtfertigt ist und den Status gegebenenfalls zu ändern.
- 6.3 Der Lieferant teilt dem VNB An- und Abmeldungen zu einem Bilanzkreis in elektronischer Form mittels EDIFACT UTILMD mit. Die Datenübermittlung erfolgt per E-Mail.

Die Anmeldung einer Entnahmestelle zu einem Bilanzkreis erfolgt spätestens mit einer Frist von einem Monat zum Termin des Lieferantenwechsels. Die Abmeldung einer Entnahmestelle hat spätestens bis zum 5. Werktag des Fristenmonats (Monat des Lieferendes) durch den Lieferanten zu erfolgen.

Eine Ausnahme besteht bei Aus- und Einzügen (d. h. auch Umzügen) von Letztverbrauchern. Das diesbezügliche Vorgehen richtet sich nach der in Ziff. 4.1 genannter Festlegung der Bundesnetzagentur.

- 6.4 Die Anmeldung muss gemäß § 14 Abs. 4 StromNZV ordnungsgemäß und vollständig sein. Änderungen wesentlicher Kundendaten sind wechselseitig unverzüglich mitzuteilen.
Der VNB identifiziert eine Entnahmestelle in der Regel anhand von drei mitgeteilten

Daten.

Es soll eine der folgenden Datenkombinationen mitgeteilt werden:

1. Zählpunkt oder Zählpunkt-Aggregation und Name oder Firma des Kunden sowie Straße, Postleitzahl und Ort der Entnahmestelle,
2. Zählnummer und Name oder Firma des Kunden sowie Straße, Postleitzahl und Ort der Entnahmestelle oder
3. Name des bisherigen Lieferanten, Kundennummer des bisherigen Lieferanten und Name oder Firma des Kunden sowie Straße, Postleitzahl und Ort der Entnahmestelle.

Der VNB weist die Meldung zurück, wenn die Entnahmestelle nicht eindeutig identifizierbar ist. In diesem Fall ist die Meldung für diese Entnahmestelle unwirksam.

- 6.5 Wird die Belieferung eines Letztverbrauchers an einer Entnahmestelle von mehreren Lieferanten für den gleichen Zeitraum oder Lieferbeginn in Anspruch genommen, so hat der VNB die beteiligten Lieferanten unverzüglich über die bestehende Lieferantenkonkurrenz zu informieren. Findet nicht rechtzeitig vor Lieferbeginn eine Einigung zwischen den Lieferanten statt, ist der VNB verpflichtet, das Netz dem Lieferanten zur Verfügung zu stellen, der die Belieferung des Letztverbrauchers zuerst mitgeteilt hat.
- 6.6 Der VNB bestätigt dem Lieferanten spätestens am 15. Werktag des Fristenmonats (Monat des Lieferendes bzw. Monat vor Lieferbeginn) die dem jeweiligen Bilanzkreis neu zugeordnete bzw. abgemeldete Entnahmestelle. Eine Ablehnung der Zuordnung eines Letztverbrauchers wird der VNB begründen. Mit der Bestätigung sind die Zuordnung und damit die Veränderung eines Bilanzkreises für den VNB und den Lieferanten verbindlich. Für den Fall von 6.3 Absatz 3 erfolgt die Bestätigung spätestens am 10. Werktag nach Unterrichtung des VNB.
- 6.7 Der VNB übermittelt dem Lieferanten gemäß der in Ziff. 4.1 genannten Festlegung der Bundesnetzagentur am 16. Werktag des jeweiligen Monats in elektronischer Form mittels Datenformat EDIFACT, Nachrichtentyp UTILMD die aktuelle Zuordnungsliste der Kunden für den Folgemonat, soweit der Lieferant nicht auf die Zusendung verzichtet.

7 Leistungsmessung oder Lastprofilverfahren

- 7.1 Der VNB wendet für die Abwicklung der Stromlieferung an Letztverbraucher mit einer jährlichen Entnahme von bis zu 100.000 Kilowattstunden vereinfachte Methoden (standardisierte Lastprofile) an, die eine registrierende ¼-h-Leistungsmessung nicht erfordern. Der VNB kann in begründeten Fällen Lastprofile auch für Verbrauchsgruppen mit einer jährlichen Entnahme festlegen, die über den in Satz 1 genannten Wert hinausgehen oder – mit Zustimmung der Regulierungsbehörde – für Verbrauchsgruppen mit einer jährlichen Entnahme, die den in Satz 1 genannten Wert unterschreiten. Bei Letztverbrauchern mit einer Jahresenergiemenge von mehr als 100.000 kWh kann der VNB eine fortlaufend registrierende ¼-h-Leistungsmessung verlangen. Der Kunde oder der Lieferant können bei einer Jahresenergiemenge von unter 100.000 kWh den Einbau einer fortlaufend registrierenden ¼-h-

Leistungsmessung verlangen, um z. B. die gesetzliche Vermutung des § 2 Abs. 7 KAV zu widerlegen. In diesem Fall trägt der Kunde bzw. der Lieferant ein entsprechend höheres Entgelt für Messung und Abrechnung. Die fortlaufend registrierten 1/4-h-Leistungswerte werden für die monatliche Energiebilanzierung herangezogen. Die Abrechnung der Netznutzungsentgelte erfolgt entsprechend Punkt 11.1 Absatz 2.

- 7.2 Der VNB bestimmt, welches Lastprofilverfahren zur Anwendung kommt und bestimmt die verwendeten Lastprofile. Der Lieferant deckt den gesamten Bedarf des Letztverbrauchers auf der Basis dieser Lastprofile. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Regelung zur Anwendung von Lastprofilen gemäß **Anlage 2, Standardlastprofilverfahren**.
- 7.3 Der VNB ordnet jedem Standardlastprofilkunden das entsprechende Lastprofil zu. Der VNB stellt für jeden Standardlastprofilkunden bei der Anmeldung eine Jahresverbrauchsprognose auf, die in der Regel auf dem Vorjahresverbrauch basiert. Die Prognose wird dem Lieferanten mitgeteilt. Der Lieferant kann unplausiblen Prognosen widersprechen und dem VNB eine eigene Prognose unterbreiten. Kommt keine Einigung zustande, legt der VNB die Prognose über den Jahresverbrauch fest. Bei Vorliegen eines neuen Ablesewertes wird die Prognose durch den VNB aktualisiert.
- 7.4 Für Entnahmestellen ohne Messeinrichtung (z. B. Telefonzellen) kann der Jahresverbrauch vom VNB auf der Grundlage allgemein anerkannter Erfahrungswerte festgelegt werden, die zugleich der Abrechnung zu Grunde gelegt werden. Die Festlegung erfolgt durch den VNB, wenn für die Entnahmestelle die Kosten der Messung außer Verhältnis zur Höhe des Verbrauchs stehen.
- 7.5 Der VNB ist berechtigt, das Verfahren oder die Lastprofile sowie deren Zuordnung zu den einzelnen Kundenentnahmestellen zu ändern, wenn dies erforderlich oder zweckmäßig ist. Der VNB teilt dem Lieferanten die Änderung des Lastprofilverfahrens (analytisch oder synthetisch) mit einer Frist von 3 Monaten schriftlich und die Änderung der Lastprofile und die Zuordnung der Lastprofile zu den einzelnen Kundenentnahmestellen in elektronischer Form im von der BNetzA vorgegebenen Format mit einer Frist von 1 Monat zum Ende eines Kalendermonats mit.
- 7.6 Auf Antrag des Lieferanten kann bei einer dauerhaften Unterschreitung der Jahresarbeit von 100.000 kWh eine Umrüstung von registrierender Leistungsmessung auf Lastprofilbelieferung vereinbart werden. Die Umstellung darf nicht untermonatlich erfolgen. Als dauerhaft gilt eine Unterschreitung, wenn aus der Abrechnung der letzten sechs Monate ersichtlich ist, dass die prognostizierte Jahresarbeit die Grenze von 100.000 kWh unterschreitet oder vom Kunden eine Information zur Reduzierung des Abnahmeverhaltens auf unter 100.000 kWh vorliegt. Die einmaligen Aufwendungen werden nach tatsächlichem Aufwand separat in Rechnung gestellt.
- 7.7 Die Vertragspartner informieren sich wechselseitig bei der Änderung der Zuordnung zu einer Spannungsebene auf elektronischem Wege. Die Übermittlung der Daten hat bis zu folgendem Zeitpunkt zu erfolgen:
- nach Vorlage des Auftrages, wenn die Maßnahme vom Lieferanten ausgelöst wird

- unverzüglich nach Kenntnisnahme, wenn die Maßnahme von dem VNB ausgelöst wird.

Die Umstellung darf nicht untermonatlich erfolgen.

8 Messung, Messstellenbetrieb und Ablesung

- 8.1 Die Messung und Zählung der elektrischen Leistung und Arbeit nimmt der Messstellenbetreiber im Auftrag des VNB vor.
- 8.2 Die Messung erfolgt bei Lastprofilkunden durch Erfassung der entnommenen elektrischen Arbeit. Handelt es sich nicht um Lastprofilkunden, erfolgt die Messung vorbehaltlich Ziff. 7.1. durch eine registrierende ¼-h-Leistungsmessung.
- 8.3 Die Messeinrichtungen stehen im Eigentum des Messstellenbetreibers und müssen den eichrechtlichen Bestimmungen entsprechen sowie den von dem VNB einheitlich für sein Netzgebiet vorgesehenen technischen Mindestanforderungen und Mindestanforderungen in Bezug auf Datenumfang und Datenqualität genügen.
- 8.4 Der Messstellenbetreiber bestimmt Art, Zahl und Größe von Mess- und Steuereinrichtungen; die Bestimmung muss unter Berücksichtigung netzwirtschaftlicher Belange zur Höhe des Verbrauchs in einem angemessenen Verhältnis stehen.
Für die Fernauslesung muss beim Kunden ein hierfür geeigneter extern anwählbarer analoger Telekommunikationsanschluss ohne zeitliche Beschränkung sowie ein 230 V-Anschluss zur Verfügung stehen. Die Nutzung dieser Anschlüsse ist für den VNB kostenlos. Kann auf Grund örtlicher Gegebenheiten an der jeweiligen Entnahmestelle kein extern anwählbarer Telekommunikationsanschluss eingerichtet werden, ist der VNB berechtigt, eine TK-Einrichtung (z. B. ein GSM-Modem) beim Kunden einzurichten, welches die notwendigen technischen Anforderungen an die Datenverfügbarkeit gewährleistet. Die jeweiligen Messentgelte sind in den Preisblättern ersichtlich. Der VNB teilt dem Lieferanten auf Anfrage die diesbezüglichen technischen Bedingungen (Abstände der jeweiligen Anschlüsse, Anschlüsse zum Zählerplatz etc.) mit. Die Fernauslesung muss vor Aufnahme der Belieferung zur Verfügung stehen. Bei Nichtfertigstellung gehen Kosten des zusätzlichen Aufwandes für die manuelle Auslesung zu Lasten des Lieferanten, es sei denn, der VNB hat die Verzögerung zu vertreten. Verzögerungen durch den Kunden gehen zu Lasten des Lieferanten.
- 8.5 Der Lieferant kann jederzeit die Nachprüfung der Messeinrichtungen durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des § 2 Abs. 4 des Eichgesetzes verlangen. Stellt der Lieferant den Antrag auf Nachprüfung nicht bei dem Messstellenbetreiber, so hat er diesen zugleich mit der Antragstellung zu benachrichtigen. Die Kosten der Nachprüfung fallen dem Messstellenbetreiber zur Last, falls die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst dem Auftraggeber der Prüfung.
- 8.6 Ergibt eine Prüfung der Messeinrichtungen eine Überschreitung der eichrechtlichen Verkehrsfehlergrenzen und ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt der VNB die Daten für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ablesung aus dem Durchschnittsverbrauch des ihr vorhergehenden und des der Beseitigung des Fehlers nachfolgenden

Ablesezeitraumes oder aufgrund des Vorjahreswertes durch Schätzung, soweit aus Parallelmessungen vorhandene Messwerte keine ausreichende Verlässlichkeit bieten. Die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. Ist die Größe des Fehlers bei der Messeinrichtung eines Lastgangkunden mit einer registrierenden ¼-h-Leistungsmessung nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine solche Messeinrichtung nicht an, so erfolgt die Ermittlung von Ersatzwerten für fehlende oder unplausible Werte entsprechend dem MeteringCode 2006 bzw. etwaigen Nachfolgeregelungen.

- 8.7 Für Letztverbraucher, die nach Lastprofilverfahren beliefert werden, werden die Messeinrichtungen vom Beauftragten des VNB oder auf Verlangen des VNB vom Letztverbraucher selbst in möglichst gleichen Zeitabständen, mindestens aber einmal jährlich nach einem vom VNB festzulegenden Turnus abgelesen. Außerhalb der turnusmäßigen Ablesung, insbesondere bei einem Lieferantenwechsel, bei einem Umzug des Letztverbrauchers, bei Beendigung des Rahmenvertrages oder bei einer wesentlichen Änderung des Bedarfs, kann der VNB Zwischenablesungen veranlassen, den Verbrauch im Wege der rechnerischen Abgrenzung ermitteln oder diesen auf der Grundlage der letzten Ablesung schätzen. Hierbei sind die tatsächlichen Verhältnisse angemessen zu berücksichtigen.
- 8.8 Kosten für Messung, Messstellenbetrieb sowie Kosten der Abrechnung an den Entnahmestellen werden vom VNB bzw. Messstellenbetreiber separat neben dem Netzentgelt in Rechnung gestellt und beinhalten die Erfassung, Weiterleitung und Verarbeitung von für die turnusgemäße Abrechnung der Netznutzung relevanten Daten.
- 8.9 Der Lieferant hat das Recht, zu Kontrollzwecken zusätzlich eigene Mess- und Steuereinrichtungen in Abstimmung mit dem VNB auf eigene Kosten einbauen zu lassen. Diese Messeinrichtungen stehen nicht im Eigentum des Messstellenbetreibers und die Messdaten dieser Einrichtungen werden, vorbehaltlich Ziff. 8.6. nicht zur Abrechnung herangezogen.
- 8.10 Bei Feststellung einer Überschreitung der Verkehrsfehlergrenzen oder Fehlern in der Ermittlung des Rechnungsbetrages ist der zu viel oder zu wenig berechnete Betrag zu erstatten oder nach zu entrichten. Ansprüche sind auf den der Feststellung des Fehlers vorausgehenden Ablesezeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.

9 Jahresmehr- und Jahresmindermengen

- 9.1 Jahresmehr- und Jahresmindermengen zwischen der bei Entnahmestellen ohne fortlaufend registrierende ¼-h-Leistungsmessung (Standard-Lastprofilkunden) gemessenen oder auf sonstige Weise ermittelten elektrischen Arbeit und der sich aus den prognostizierten Lastprofilen ergebenden elektrischen Arbeit gelten als vom VNB geliefert oder abgenommen.
- 9.2 Unterschreitet die Summe der in einem Zeitraum ermittelten elektrischen Arbeit die Summe der Arbeit, die den bilanzierten Lastprofilen zugrunde gelegt wurde (ungewollte Mehrmenge), so vergütet der VNB dem Lieferanten diese Differenzmenge. Überschreitet die Summe der in einem Zeitraum ermittelten elektrischen Arbeit die Summe der Arbeit, die den bilanzierten Lastprofilen zugrunde

gelegt wurde (ungewollte Mindermenge), stellt der VNB die Differenzmenge dem Lieferanten in Rechnung.

- 9.3 Die Abrechnung der Jahresmehr- und Jahresminderungen erfolgt wahlweise nach Ablauf des jeweiligen Abrechnungsjahres oder monatlich zwischen VNB und Lieferant. Die Entscheidung hierüber trifft der VNB unter Berücksichtigung der tatsächlichen Umstände.
- 9.4 Als einheitlicher Preis für die Jahresmehr- und Jahresminderungenabrechnung wird der jeweilige monatliche Durchschnittspreis für Ausgleichsenergie des Übertragungsnetzbetreibers Vattenfall Europe Transmission GmbH festgelegt.

10 Entgelte

- 10.1 Der Lieferant zahlt dem VNB für die Leistung „Netznutzung“ nach Ziffer 2.1. und Ziffer 8 sowie für andere Leistungen nach diesem Vertrag die im Internet unter www.zev-energie.de veröffentlichten Entgelte. Individualisierte Entgelte nach § 19 Abs. 2 und 3 StromNEV bedürfen besonderer Vereinbarung im Einzelfall; alle übrigen Bestimmungen dieses Vertrages finden auf die individuellen Entgeltregelungen Anwendung.
- 10.2 Der VNB ist berechtigt, die Netzentgelte anzupassen, wenn und soweit er eine nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen erforderliche Genehmigung hierfür hat oder die Überschreitung der genehmigten Netzentgelte nach Maßgabe von § 23 a Abs. 2 Satz 2 EnWG zulässig ist.

Bei Einführung einer Anreizregulierung auf Basis einer Rechtsverordnung gemäß § 21a EnWG gilt, dass der VNB berechtigt ist, die Netzentgelte anzupassen, wenn und soweit die jeweils für ihn geltenden Obergrenzen für die Netzentgelte beachtet werden.

Der VNB wird die geänderten Netzentgelte auf seiner Internetseite veröffentlichen und hierüber sowie über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der geänderten Netzentgelte den Lieferanten unverzüglich in Textform (z. B. E-Mail) informieren. Der Lieferant ist bei Preiserhöhungen berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von zwei Wochen nach Zugang der Entgeltanpassungsmitteilung zum Ende des folgenden Kalendermonats zu kündigen.

Im Übrigen ist der VNB berechtigt, mit sofortiger Wirkung bzw. auch rückwirkend eine Preisanpassung vorzunehmen, wenn sich aufgrund von Rechtsvorschriften bzw. durch behördliche oder gerichtliche Entscheidungen die Kosten für die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen ändern. Dies gilt auch für die Änderung oder Neueinführung von Steuern, Abgaben, Ausgleichsleistungen oder sonstige die Netznutzung, den Bezug, die Erzeugung oder die Abgabe von Elektrizität betreffenden Belastungen.

Sollte der VNB oder einer der vorgelagerten VNB gegen einen Bescheid zur Genehmigung der Netzentgelte Beschwerde einlegen und sollte infolge der gerichtlichen Entscheidung ein vom Genehmigungsbescheid abweichendes Netzentgelt festgelegt werden, ist das nachträglich festgelegte Netzentgelt vom Zeitpunkt seines u. U. rückwirkenden Inkrafttretens an maßgeblich. Der VNB hat etwaige Überzahlungen des Lieferanten zu erstatten, der Lieferant hat etwaige

Minderbeträge nachzuzahlen. Die Verpflichtung aus den beiden vorstehenden Sätzen gilt auch dann, wenn der Lieferantenrahmenvertrag oder einzelne Netznutzungen, die unter Geltung des Lieferantenrahmenvertrages abgewickelt worden sind, zwischenzeitlich beendet worden sind.

- 10.3 Die Netzentgelte richten sich nach der Anschlussnetzebene der Entnahmestelle, den jeweils vorhandenen Messvorrichtungen und deren Messebene an der Entnahmestelle sowie der jeweiligen Benutzungszahl der Entnahmestelle.

Das Netzentgelt pro Entnahmestelle besteht aus einem Jahresleistungspreis in Euro pro Kilowatt und einem Arbeitspreis in Cent pro Kilowattstunde. Das Jahresleistungsentgelt ist das Produkt aus dem jeweiligen Jahresleistungspreis und der Jahreshöchstleistung in Kilowatt der jeweiligen Entnahme im Abrechnungsjahr. Das Arbeitsentgelt ist das Produkt aus dem jeweiligen Arbeitspreis und der im Abrechnungsjahr jeweils entnommenen elektrischen Arbeit in Kilowattstunden.

- 10.4 Für Entnahmestellen ohne Leistungsmessung im Niederspannungsnetz sind anstelle des Leistungs- und Arbeitspreises ein Arbeitspreis in Cent pro Kilowattstunde und ein Jahresgrundpreis in Euro pro Jahr festgelegt.
- 10.5 Der VNB stellt die jeweiligen KWK-Aufschläge gemäß KWKG dem Lieferanten mit dem Netzentgelt in Rechnung.
- 10.6 Der VNB stellt die auf die Stromlieferungen anfallende Konzessionsabgabe dem Lieferanten mit dem Netzentgelt in Rechnung. Die Höhe der Konzessionsabgabe richtet sich nach dem jeweils zwischen dem VNB und der betreffenden Gemeinde vereinbarten Konzessionsabgabensatz gemäß Konzessionsabgabenverordnung. Für die Befreiung von der Konzessionsabgabe und entsprechende Rückzahlung muss der Lieferant dem VNB für jede betroffene Entnahmestelle unter Angabe der Zählpunktbezeichnung den entsprechenden Nachweis spätestens 6 Monate nach Erstellen der Jahresabrechnung Netznutzung vorlegen. Der Nachweis ist durch ein Testat eines vereidigten Buchprüfers oder Wirtschaftsprüfers im Original zu erbringen.
- 10.7 Der Kunde hat einen ausgeglichenen Blindleistungshaushalt in seiner Anlage zu gewährleisten.
- 10.8 Alle Entgelte unterliegen dem im Liefer- bzw. Leistungszeitpunkt jeweils gültigen gesetzlichen Umsatzsteuersatz.

11 Abrechnung

- 11.1 Der VNB rechnet die Netzentgelte sowie das Entgelt für Messung, Messstellenbetrieb und Abrechnung für die Standardlastprofilkunden jährlich ab. Der VNB ist berechtigt, monatliche Abschlagszahlungen zu verlangen.

Die Abrechnung der Kunden mit fortlaufend registrierender ¼-h-Leistungsmessung erfolgt monatlich vorläufig. Am Ende des Abrechnungsjahres wird eine Jahresrechnung erstellt. Ab dem Jahr 2009 erfolgt die Abrechnung voraussichtlich monatlich endgültig. Erhöht sich während des Abrechnungsjahres die erreichte höchste Leistung, so wird der auf die Vormonate entfallende Mehrbetrag mit der nächsten monatlichen Abrechnung abgerechnet.

- 11.2 Rechnungen und Abschlagsberechnungen werden zu dem vom VNB angegebenen Zeitpunkt nach Zugang der Zahlungsaufforderung ohne Abzug fällig. Maßgeblich für die Zahlungserfüllung ist der Zahlungseingang beim VNB. Zahlt der Lieferant die Entgelte ganz oder teilweise nicht rechtzeitig, ist der VNB berechtigt, Verzugszinsen in Höhe von 8 %-Punkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB zu verlangen. Die Geltendmachung eines weiteren Verzugschadens bleibt unberührt.
- 11.3 Einwände gegen die Richtigkeit der Abrechnung berechtigen nur dann zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung, soweit offensichtliche Fehler vorliegen.
- 11.4 Gegen Ansprüche der Vertragspartner kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.
- 11.5 Der VNB stellt die jeweilige KWK-Umlage dem Lieferanten mit dem Netzentgelt in Rechnung.

12 Störungen und Unterbrechungen der Netznutzung

- 12.1 Soweit der VNB durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, an der Abnahme der Energie des Lieferanten oder an der Abgabe der Energie an den Kunden des Lieferanten gehindert ist, ruhen die Verpflichtungen der Vertragspartner aus diesem Vertrag so lange, bis die Hindernisse beseitigt sind. Gleiches gilt im Falle von Störungsbeseitigungs-, Wartungs-, Instandhaltungs- oder sonstigen betriebsnotwendigen Arbeiten und zur Vermeidung eines drohenden Netzzusammenbruchs. Der VNB unternimmt alle zumutbaren Anstrengungen, die Störung unverzüglich zu beheben.
- 12.2 Soweit es dem VNB möglich und zumutbar ist, unterrichtet er die Letztverbraucher rechtzeitig vor einer beabsichtigten Unterbrechung der Netznutzung in geeigneter Weise. Bei kurzen Unterbrechungen werden nur die Letztverbraucher unterrichtet, die zur Vermeidung von Schäden auf eine ununterbrochene Stromzufuhr angewiesen sind und dies dem VNB unter Angabe von Gründen schriftlich mitgeteilt haben. Eine Unterrichtung kann ausnahmsweise unterbleiben, wenn dies nicht rechtzeitig möglich ist und der VNB dies nicht zu vertreten hat oder die Unterrichtung die Beseitigung der Unterbrechung verzögern würde. In diesen Fällen teilt der VNB dem Letztverbraucher auf Nachfrage den Grund der Unterbrechung nachträglich mit.
- 12.3 Der VNB ist berechtigt, die Anschlussnutzung und die damit verbundenen Dienstleistungen ohne vorherige Androhung zu unterbrechen wenn die Unterbrechung erforderlich ist, um
- eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen oder Sachen von erheblichen Wert abzuwenden,
 - den Gebrauch elektrischer Arbeit unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern oder
 - zu gewährleisten, dass Störungen anderer Letztverbraucher oder störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des VNB oder Dritter ausgeschlossen sind.

Daneben hat der VNB die Rechte und Pflichten nach § 14 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 13 Abs. 1-6 EnWG. Der VNB hat die Netznutzung unverzüglich wieder zu ermöglichen,

sobald die Gründe für die Beendigung entfallen sind.

- 12.4 Die Unterbrechung der Anschlussnutzung durch den VNB auf Anweisung des Lieferanten richtet sich nach § 24 Abs. 3 Niederspannungsanschlussverordnung – NAV und der „Richtlinie Datenaustausch und Mengenbilanzierung (DuM) Geschäftsprozesse: Unterbrechung und Wiederherstellung der Anschlussnutzung im Auftrag des Lieferanten“. Die Sperrandrohung übernimmt der Lieferant mit einer Frist von mindestens 4 Wochen vor dem möglichen Sperrtermin. Die Sperrankündigung übernimmt der VNB, wenn der Lieferant den **Auftrag zur Sperrung (Anlage 3)** erteilt hat. Gleiches gilt für die Wiederinbetriebnahme. Bei der Unterbrechung des Anschlusses werden die zu erwartenden Kosten für die Wiederinbetriebsetzung mit in Rechnung gestellt. Dieser Betrag für Unterbrechung des Anschlusses und Wiederinbetriebsetzung wird als Pauschale erhoben und ist zum Zeitpunkt der Beauftragung zu zahlen. Bei erheblichen Abweichungen vom Standardverfahren wird nach tatsächlichem Aufwand abgerechnet. Der VNB bietet keinen Inkassodienst an. Während der Sperrung bleibt die Zuordnung zur Netznutzung und zum Bilanzkreis bestehen. Damit werden auch die Entgelte für die Messung und Abrechnung sowie der Grundpreis für die Netznutzung fällig.
- 12.5 Hat einer der Vertragspartner Kenntnis, dass ein Letztverbraucher unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen elektrische Energie entnimmt (unberechtigte Entnahme), hat er dies dem jeweils anderen Vertragspartner unverzüglich mitteilen. Die Vertragspartner sind darüber hinaus verpflichtet, bei entsprechenden Hinweisen zur Aufklärung beizutragen und den anderen Vertragspartner zu informieren. Der Lieferant ist zur Zahlung der Netzentgelte auch für die nach Satz 1 durch den Letztverbraucher unberechtigt entnommene Energie verpflichtet. Lässt sich aufgrund der unberechtigten Entnahme die tatsächlich entnommene elektrische Energie nicht bestimmen, so wird die Höhe des Netzentgelts entsprechend Ziffer 8.6 dieses Vertrages ermittelt.

13 Haftungsbestimmungen

- 13.1 Die Vertragspartner haften einander für Schäden, die ihnen selbst oder ihren Kunden durch Unterbrechung der Elektrizitätsversorgung oder durch Unregelmäßigkeiten in der Netznutzung entstehen, nach Maßgabe des § 25a StromNZV i.V.m. § 18 Niederspannungsanschlussverordnung (NAV). Die NAV ist auf der Internetseite des VNB veröffentlicht. Bei Inkrafttreten einer Nachfolgeregelung wird die Haftungsregelung an diese angepasst.
- 13.2 Für Sach- und Vermögensschäden, die nicht auf die Unterbrechung des Netzbetriebs oder auf Unregelmäßigkeiten in der Netznutzung zurückzuführen sind, haftet der VNB dem Grunde wie der Höhe nach nur, wenn und soweit diese vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurden. Bei leicht fahrlässiger Schadensverursachung von Sach- und Vermögensschäden haftet der VNB nur für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Die Haftung ist dabei dem Grunde wie der Höhe nach auf den voraussehbaren typischen Schaden begrenzt.
- 13.3 Die gesetzliche Haftung bleibt im Übrigen unberührt.

14 Voraussetzungen für die Erhebung einer Sicherheitsleistung in begründeten Fällen

- 14.1 Der VNB kann in begründeten Fällen eine angemessene Sicherheitsleistung vom Lieferanten verlangen. Kommt der Lieferant einem schriftlichen Verlangen nach Sicherheitsleistung nicht binnen 14 Kalendertagen nach, darf der VNB die Netznutzung ohne weitere Ankündigung unterbrechen, bis die Sicherheit geleistet ist.
- 14.2 Als begründeter Fall gilt insbesondere, dass
- der Lieferant mit fälligen Zahlungen trotz Mahnung wiederholt in Verzug ist.
 - gegen den Lieferanten Zwangsvollstreckungsmaßnahmen wegen Geldforderungen (§§ 803-882a ZPO) eingeleitet sind.
 - die vom VNB über den Lieferanten eingeholte Auskunft einer allgemein im Geschäftsleben anerkannte Auskunft (z. B. Creditreform) über seine wirtschaftlichen Verhältnisse zur Besorgnis führt, der Lieferant werde den Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht nachkommen.
 - ein Insolvenzverfahren eröffnet ist oder durch den Lieferanten selbst beantragt worden ist.
- 14.3 Als angemessen gilt eine Sicherheitsleistung, wenn sie dem zweifachen voraussichtlichen monatlichen Entgelt nach diesem Vertrag entspricht.
- 14.4 Der VNB kann nach fruchtlosem Verstreichen einer nach Verzugsintritt ausgesprochenen Zahlungserinnerung die Sicherheitsleistung in Anspruch nehmen. Die Fristsetzung kann zusammen mit der Mahnung erfolgen.
- 14.5 Der Lieferant ist berechtigt die Sicherheitsleistung durch monatliche Vorauszahlungen abzuwenden. Vorauszahlungen werden bei der nächsten Abrechnung verrechnet.
- 14.6 Soweit der VNB Sicherheitsleistung verlangt, kann diese auch in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft nach deutschem Recht eines deutschen Kreditinstituts mit Verzicht auf die Einrede der Vorausklage und mit der Verpflichtung zur Zahlung auf erstes Anfordern erbracht werden. Barsicherheiten werden zum jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB verzinst.
- 14.7 Eine Sicherheit ist unverzüglich zurückzugeben, wenn die Voraussetzungen für ihre Erhebung weggefallen sind.

15 Laufzeit und Kündigungsrechte

- 15.1 Der Rahmenvertrag tritt mit der Unterzeichnung durch beide Vertragspartner zu dem auf dem Deckblatt angegebenen Datum in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 3 Monaten auf das Ende eines Kalendermonats schriftlich gekündigt werden. Mit Inkrafttreten dieses Vertrages tritt der zwischen den Vertragspartnern bestehende Rahmenvertrag außer Kraft.
- 15.2 Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- 15.3 Bei Nichterfüllung der Zahlungspflicht trotz Mahnung ist der VNB berechtigt, das Vertragsverhältnis einen Monat nach Ankündigung fristlos schriftlich zu kündigen. Dies gilt nicht, wenn der Lieferant darlegt, dass die Folgen der Kündigung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen und die Aussicht besteht, dass

der Lieferant seinen vertraglichen Pflichten nachkommt. Der VNB kann mit der Mahnung zugleich die Kündigung androhen.

- 15.4 Bei Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung oder wenn ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Vertragspartners eröffnet oder durch diesen selbst beantragt worden ist, ist der andere Vertragspartner berechtigt, diesen Vertrag fristlos schriftlich zu kündigen.
- 15.5 Der VNB ist berechtigt, den Lieferantenrahmenvertrag fristlos zu kündigen, wenn der Lieferant keinem Bilanzkreis mehr angehört. Soweit ein Bilanzkreis, in welchem nur ein Teil der durch den Lieferanten versorgten Entnahmestellen bilanziert wird, z. B. durch Kündigung beendet ist, so ist für diese Entnahmestellen die Voraussetzung der Ziffer 3.4 Satz 2 dieses Vertrages nicht mehr gegeben und diese fallen mit sofortiger Wirkung aus dem Geltungsbereich des Lieferantenrahmenvertrages. Darüber hinaus bleibt der Lieferantenrahmenvertrag bestehen.

16 Schlussbestimmungen

- 16.1 Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag können mit Zustimmung des jeweils anderen Vertragspartners auf einen Dritten übertragen werden. Die Zustimmung darf nicht verweigert werden, wenn der Dritte die Gewähr dafür bietet, die Verpflichtungen aus dem Vertrag erfüllen zu können. Eine Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn der Rechtsnachfolger des übertragenden Vertragspartners ein verbundenes Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. Aktiengesetz ist.
- 16.2 Sollten einzelne Bestimmungen des Rahmenvertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen davon unberührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die ungültigen oder undurchführbaren Bestimmungen durch andere, in ihrem wirtschaftlichem Erfolg den unwirksamen oder undurchführbaren Regelungen möglichst gleichkommende zu ersetzen. Dies gilt entsprechend bei unbeabsichtigten Regelungslücken.
Zur Schließung von Regelungslücken sowie zur Auslegung dieses Vertrages sind die einschlägigen Regelwerke Distribution Code, MeteringCode sowie die Datenrichtlinie Datenaustausch und Mengenbilanzierung (DuM) in der jeweils aktuellen Fassung ergänzend heranzuziehen. Die Regelungen sind beiden Vertragspartnern bekannt. Ausdrückliche Regelungen des Rahmenvertrags haben jedoch Vorrang vor den Bestimmungen der genannten Regelwerke.
- 16.3 Sollten sich sonstige für das Vertragsverhältnis bestimmende Umstände wesentlich ändern oder sollten die für die Berechnung der Netzentgelte maßgeblichen Kriterien normativ oder auf andere Weise rechtsverbindlich geregelt werden, so werden die Vertragsparteien den Vertrag baldmöglichst den geänderten Rahmenbedingungen anpassen. Der VNB ist zu einer einseitigen Vertragsanpassung berechtigt, wenn dies zur Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben oder bei Anordnungen oder Festlegungen der Regulierungsbehörde erforderlich ist.
- 16.4 Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen sowie die Kündigung oder Aufhebung des Vertrages bedürfen – soweit vorstehend (u. a. in den Ziffern 9.3., 10.2. und 12.2.) nichts Abweichendes bestimmt ist – zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dieses Schriftformerfordernis gilt auch für Vereinbarungen bezüglich dieser Schriftformklausel.

- 16.5 Für diesen Vertrag gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. UN-Kaufrecht wird ausgeschlossen.
- 16.6 Gerichtsstand ist der Sitz des VNB.
- 16.7 Jeder Vertragspartner erhält eine Ausfertigung des Vertrages.
- 16.8 Die in diesem Vertrag genannten Anlagen sind in ihrer jeweiligen Fassung Bestandteile dieses Vertrages.

Ort, Datum

Ort, Datum

Lieferant
- Unterschrift und Stempel -

Zwickauer Energieversorgung GmbH
- Unterschrift und Stempel -

Anlagen:

- Anlage 1a: Ansprechpartner und Erreichbarkeit - VNB
- Anlage 1b: Ansprechpartner und Erreichbarkeit - Lieferant
- Anlage 2: Standardlastprofilverfahren
- Anlage 3: Auftrag zur Sperrung / Wiederinbetriebnahme
- Anlage 4: EDI-Rahmenvertrag